

Anfang September trafen sich Buchhistoriker aus den USA, Italien, Frankreich, Großbritannien, der Schweiz und beiden deutschen Staaten zu einer mehrtägigen Konferenz, die das Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen veranstaltete. Ein Schwerpunkt der Konferenzarbeit lag in der Vorstellung unterschiedlicher buchgeschichtlicher Projekte der Universitäten, Institute, Bibliotheken und der Historischen Kommission des Frankfurter Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, über die ein reger Diskurs geführt wurde. Überlegungen über die künftige Koordination der Buchgeschichtsforschung im internationalen und nationalen Rahmen wurden ebenfalls vorgetragen. Die internationale Zusammenarbeit soll in Zukunft u. a. über den Austausch von Studenten und Lehrkräften, durch Publikationen – ein „newsletter“, der vorwiegend buchhistorische Aktivitäten ausweist, ist vorgesehen – und durch Konferenzen im Turnus von etwa zwei Jahren realisiert werden.

Besonders die deutschen Teilnehmer standen vor der diffizilen Aufgabe, auf eine künftige Koordination buchgeschichtlicher Forschungen in Deutschland hinzuwirken. Vorstellungen über eine mögliche Zusammenarbeit und Aufgabenteilung erörterten vor allem Buchhistoriker aus Göttingen, Wolfenbüttel, Frankfurt am Main und München gemeinsam mit Vertretern des Leipziger Arbeitskreises

## Erfolg noch nicht klar Buchhistoriker in Göttingen

zur Geschichte des Buchwesens, die – neben dem Deutschen Buch- und Schriftmuseum – gleichzeitig die Leipziger Universität (Sektion Germanistik und Literaturwissenschaft, Institut für Verlagswesen und Buchhandel) repräsentieren.

Eine denkbare Variante gemeinsamer Forschungsarbeit zeigte sich im Falle der anspruchsvollen Buchhandelsgeschichte, die von der Historischen Kommission des Frankfurter Börsenvereins erarbeitet wird. So könnte z. B. eine Buchhandels- (b. auch Verlags-)geschichte der DDR von Mitarbeitern des Instituts für Verlagswesen und Buchhandel geleistet werden, zumal Forschung und Lehre auf dem Gebiet im Rahmen der buchgeschichtlichen Veranstaltungen des Zweifachstudiums „Buchwissenschaft“ bereits vorgelesen sind.

Gespräche über das Thema werden geführt. Voraussetzungen für einen Erfolg sind allerdings nicht nur das Einverständnis und Entgegenkommen der Historischen Kommission und die fachliche Kompetenz der Leipziger Wissenschaftler, sondern in besonderem Maße die Arbeitsmöglichkeiten und -bedingungen, die nach der zu erwartenden Hochschulreform an der Leipziger Universität gegeben sein werden.

Dr. MARKUS FOLGNER,  
Institut für Verlagswesen  
und Buchhandel

### Nur Rettungsringe für KMU-Gesellschaftswissenschaftler?

# Weiteres Schneckentempo wäre kleine Katastrophe

„Fachbereich für Sozial- und politische Wissenschaften“ –

## Überlegungen, Positionen

### 1. Das Kind nicht mit dem Bade ausschütten oder Kontra dem Masochismus

Es ist ein Gebot des gesunden Menschenverstandes („common sense“), des Selbsterhaltungsarbes, der allgemeinen Fairneß sowie des Ethos des Wissenschaftlers, Vergangenheit und Gegenwart sachlich, objektiv und differenziert zu betrachten.

Natürlich herrschte vierzig Jahre lang an unserer Universität nicht die Hölle Dantes. Genauso natürlich hat nicht jeder Wissenschaftler an den ehemaligen Einrichtungen „ML-Sektion“ und „FMI“ sowie „WK“ – jetzt „Sektion für Politikwissenschaft und Soziologie“ – rampensponnen und den Parteilobsern Honig um die Backe geschmiert. Mehrere haben ernsthafte Wissenschaft betrieben. Viele unter ihnen sind beleidigt, erniedrigt, gedemütigt und hinausgeworfen worden. Hieraus erwächst die moralische Verpflichtung für unsere Universität, die integrierten und besten Wissenschaftler dieser Sektionen im wahren Sinne des Wortes zu retten, sonst werden wir es eines Tages bitter bereuen. Dann wird es aber zu spät sein. Daher gilt es, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Nur unverbesserliche Ignoranten können nicht begreifen, daß durch das frühere „ML“-Studium total diskreditierte Fächer wie z.B. „Politische Ökonomie“ an den Universitäten in der ganzen Welt üblich sind. Selbstverständlich kommt es auf die entsprechenden Inhalte an.

Und wer will ferner die persönliche Integrität der Professoren Jürgen Becker, Werner Brauke und Bernd Okun in Zweifel ziehen? Die Wahrheit, und zwar die ganze, muß ans Tageslicht. Bereits im März 1986 diskutierten wir (Okun, Terz u. a.) in einem kleinen Kreis von „Lebensmüden“ über das verbrecherische Wesen des SED-Politbüros, während andere, nicht unbedingt in jedem Falle „Gewi“-Wissenschaftler, in Ruhe ihre Studien in Genf, London, New York usw. betrieben. Solche Möglichkeiten hatten wir aber nicht.

### 2. Warum ist der Fachbereich für Sozial- und politische Wissenschaften notwendig?

Maßstab für die Gründung des neuen Fachbereiches sind gesellschaftliche Erfordernisse sowie wissenschaftspolitische Notwendigkeiten. Sozial- und politische Wissenschaften vermögen, wenn sie richtig konzipiert und betrieben werden, zur Erhöhung der politischen Bildung und Kultur beizutragen. Hierdurch kann übrigens ein konkreter Beitrag geleistet werden, um möglicherweise den wichtigsten Zug des abendländischen Menschenbildes, nämlich des politisch aktiven und gesellschaftlich engagierten Bürgers, zu realisieren. Bereits vor 2500 Jahren hob der Athener Staatsmann Perikles in seinem „Epitaphios“

(Grab- oder Gefallenensrede) mit berechtigtem Stolz hervor: Wir in Athen befassen uns nicht nur mit unseren Privatangelegenheiten, sondern auch mit den politischen Fragen. Wer Letzteres nicht tut, ist nicht ein Bürger, der seine Ruhe haben will, sondern schlicht und einfach ein „achreios“ (nutzlos bzw. wertlos).

### 3. Mögliche Struktur des Fachbereiches

Die Struktur wird sich selbstverständlich nach den international üblichen Standards sowie nach den wissenschaftlichen Voraussetzungen an unserer Universität richten. So müßte sich der neue Fachbereich in erster Linie aus den folgenden Instituten zusammensetzen:

a) **Institut für internationale Beziehungen.** Es würde aus mehreren Seminaren bestehen wie z.B.: 1. Theorie der internationalen Beziehungen, 2. Internationale Organisationen, 3. Europapolitik, 4. Internationale Kommunikationspolitik. Die hierfür geeigneten Wissenschaftler (Politologen, Juristen) sind größtenteils am jetzigen IS angesiedelt.

b) **Institut für Politik** mit mehreren Seminaren wie z.B.: 1. Theorie der Politik, 2. Geschichte der politischen Ideen, 3. Kommunalpolitik. An diesem Institut könnten Politologen und Sozialwissenschaftler der jetzigen „Sektion für Politikwissenschaft und Soziologie“, des „FMI“, der ehemaligen „ML“-Sektion sowie einige Juristen des IS wirken.

c) **Institut für Entwicklungspolitik.** Hierfür gibt es ideale Voraussetzungen an der jetzigen ANW-Sektion (Politologen, Ökonomen, Spezialjuristen). Die hohe Fachkompetenz ist par excellence vorhanden.

d) **Institut für Soziologie** mit den entsprechenden Seminaren. Es ist an der Zeit, die Soziologie stark auszubauen.

e) Es kann auch in Erwägung gezogen werden, durch ein modernes **Institut für Publizistik** die bisherige Sektion Journalistik zu ersetzen. Es ist allerdings auch zu bedenken, daß ein solches Institut vor allem angesichts seines Umfanges den Rahmen des Fachbereiches sprengen könnte. Einiges spricht daher für die Selbstständigkeit eines derartigen Institutes.

### 4. Ansiedlung des Fachbereiches – akademische Grade

Der Fachbereich für Sozial- und politische Wissenschaften wird höchstwahrscheinlich bei der „Fakultät für Philosophie und Geschichtswissenschaft“ angesiedelt

sein. Hieraus folgt, daß die Absolventen den akademischen Grad **Diplom-Phil.** und die Promovenden entsprechend eines Dr. phil. tragen werden.

### 5. Mitarbeiterzusammensetzung

Es dürfte klar sein, daß politisch belastete und diskreditierte Wissenschaftler an diesem Fachbereich nicht arbeiten dürfen. Bei der Gewinnung von wissenschaftlichen Mitarbeitern sollte ferner in erster Linie auf den Mittelbau und den Nachwuchs orientiert werden.

Etwa 1/3 bis 1/4 der Wissenschaftler sollte nach Möglichkeit aus verwandten wissenschaftlichen Einrichtungen der BRD kommen. Diesbezüglich gibt es jedoch an unserer Universität große Illusionen. Die komplizierten Arbeits- und Lebensbedingungen (u.a. Gehälter der Hochschullehrer) bei uns schrecken schon jetzt die erste und zweite Garnitur ab. Auf die dritte und vierte Garnitur sollten wir großzügig verzichten. **Unsere Universität ist kein Experimentierfeld für Versager aus dem Westen.**

### 6. Wann kann der Fachbereich gegründet werden?

Weil inzwischen umfangreiche Vorarbeit (Arbeitspapiere, Konzeptionen) auf den verschiedensten Ebenen geleistet worden ist, könnte eigentlich die Gründung des Fachbereiches beschleunigt werden.

Es ist beim besten Willen nicht einzusehen, warum die Humboldt-Universität schneller als unsere Universität ist. Dort werden in diesem Herbstsemester bereits Studenten für Sozialwissenschaften immatrikuliert. Für die zügige Gründung des Fachbereiches spricht ferner ein einleuchtendes Argument: Bei dieser Gelegenheit könnte der wohlbekannte Ballast (belastete, bequeme oder unfähige Wissenschaftler) relativ problemlos abgeworfen werden. Hinzu käme: ohnehin auch das „Abspecken“.

Wenn es nach mir ginge, stände der Fachbereich spätestens bis Mitte Oktober. Bei dem jetzigen Schneckentempo ist schon heute abzusehen, daß die Gründung des Fachbereiches bis Ende 1990 nicht realisiert werden kann. Dies entspräche einem großen Malheur oder sogar einer kleinen Katastrophe.

Doz. Dr. sc. PANOS TERZ,  
Leiter Völkerrecht,  
Juristenfakultät

## Die Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig Die Redaktion der WZ

möchte alle Leser in und außerhalb unserer Alma mater Lipsiensis noch vielfältiger informieren über

- Forschungsergebnisse
- Studienrichtungen
- Personalien
- bauliche Entwicklung
- Universitätsgeschichte

Sie steht allen offen, die am wissenschaftlichen Leben an unserer Universität interessiert sind.

Wer hat Lust, mit uns in dieser Richtung zusammenzuarbeiten?

Wer hat Vorschläge zu Inhalt und Form – eventuell auch zu einem neuen, einprägsamen Titel?

Wer möchte bei uns inserieren?

Wir freuen uns auf ihre Zuschriften!

## Die Redaktion der WZ

(7010 Leipzig, Goethestraße 3/5)

## Für Wissenschaftler und Praktiker JOINT VENTURES Checkliste, gesetzliche Bestimmungen, Mustervertrag mit Erläuterungen 160 Seiten, DM 20,-

Erhältlich bei:  
**Karl-Marx-Universität Leipzig,  
Zentrum für Internationale  
Wirtschaftsbeziehungen „G. Mayer“  
Hochhaus, 21. Etage, Zimmer 2,  
Kollegin Schubert**

Fragen zur künftigen Gestaltung des Studiums an einer Universität stehen gegenwärtig im Brennpunkt der Aufmerksamkeit der Lehrkräfte und Studenten.

Die Senatskommission der KMU Leipzig „Studenten und Studium“ hat sich positioniert (vgl. UZ v. 24. 4. und 28. 5. 1990). Im Positionspapier wurde der Anspruch auf eine verstärkte Hinwendung zur Individualität des Studierenden im Studium geltend gemacht. Die Studenten sollen damit die Möglichkeit erhalten, ihre, für jeden einzelnen jeweils typischen intellektuellen, insbesondere kreativen, und praktischen Fähigkeiten optimal und in starkem Maße auszubilden und ihre individuelle Freiheit bei der eigenverantwortlichen Gestaltung ihres Studiums wahrnehmen zu können. Gängelei, Bevormundung und Normierung der Studenten sind nach der Auffassung der Senatskommission abzuschaffen.

Die Forderung nach Individualisierung des Studiums ist nicht neu, konnte aber bisher noch nicht erfüllt werden bzw. stieß auf Grenzen.

Im Interesse des Umsetzens dieses Anspruchs ist u. a. zu fragen:

1. wie ist das Direktstudium an der Universität unter marktwirtschaftlichen Bedingungen individualitätszugewandt zu gestalten bzw. welche Ausbildungsformen sind aufrecht zu halten, welche nicht und welche sind neu einzuführen;
2. welche notwendigen und vorrangigen Konsequenzen leiten sich für die Veränderung der Studien- und Lebensbedingungen ab und
3. wie ist das Verhältnis zwischen

Lehrkraft und Student neu zu bestimmen? Heißt Individualisierung des Studiums Alleinigung bzw. Selbstüberlassensein des Studenten?

Hier ist neben der Auffassung der Professoren, Hochschullehrer und Assistenten die erfahrungsbegründete Meinung der Studenten gefragt, die in der Senatskommission aus Mangel an Teilnahme von Studentenvertretern zu kurz kam.

Der WB Bildungssoziologie der KMU führte daher im April 1990 eine schriftliche Befragung jeweils zehn leistungsstarker Studenten (Leistungsdurchschnitt pro Studienjahr um 1,5 und besser) vorrangig des 3. und 4. Studienjahres aus zehn Sektionen der KMU zu oben genannten Problemfeldern durch.

An dieser Stelle danken wir allen sich beteiligenden Studenten für ihre Mitarbeit und Hinweise!

Nachfolgend werden die nach unseren Erkenntnissen wesentlichen Positionen der befragten Studenten zur Individualisierung des Studiums zusammengefaßt dargestellt.

In Auswertung bisheriger Erfahrungen und in Bestätigung wissenschaftlicher Untersuchungsergebnisse verweist der überwiegende Teil der Befragten auf Verschulungstendenzen und eine unzureichende bzw. fehlende vor allem qualitative anspruchsvolle Zuwendung der Lehrkräfte zum einzelnen Studenten innerhalb der Ausbildung. Darüber hinaus reflektierten die Studenten als vorrangige, die Individualisierung einschränkende Mängel in der Ausbildungsgestaltung:

a) zu starre und detaillierte Vorgaben für verbindliche Lehrprogramme und Lehrpläne innerhalb einer Studienrich-

tung;

b) ungerechtfertigte Proportionierung der quantitativen Anteile der einzelnen Ausbildungsfächer;

c) z. T. unzureichende Ausbildungsqualität in Einzelbereichen, insbesondere hinsichtlich des fachlichen Niveaus, der Aktualität der Inhalte, inhaltlichen Überschneidungen und pädagogischen Aufbereitung;

d) die fehlenden internationalen wissen-

## Gegen Gängelei, Bevormundung und Normierung Individualisierung des Studiums – überlebter Anspruch oder reale Chance?

schaftlichen Kontakte zu Vertretern der gleichen Studienrichtung bzw. entsprechender Praxisbereiche;

e) zu geringe zusammenhängende Selbststudienzeit der Studenten, u. a. zur Lösung wissenschaftlicher Aufgaben;

f) mangelhafte materiell-technische Ausstattung der Bildungseinrichtung.

Der Abbau dieser Probleme im Interesse des Erhöehens der Aktivität, Selbständigkeit und Eigenverantwortung des Studenten für sein Studium erfordert das Verändern wesentlicher Rahmenbedingungen, der Organisationsformen, Methoden und Inhalte des Direktstudiums an der Universität, wobei nach der Meinung von etwa zwei Drittel der Befragten an der Vorgabe einer Regelstudienzeit und der Gliederung des Studiums in ein Grundlagen- und Fachstudium festzuhalten wäre. Der Grundlagenstudien-

abschnitt solle dabei einer breiten Orientierung und der Fachstudienabschnitt einer fachlichen Spezialisierung und Vorbereitung auf vielfältige berufliche Einsatzgebiete dienen.

Die Probanden schlagen als durchschnittlichen Zeitraum für die Regelstudienzeit 11,2 Semester vor. Eine Überschreitung dieser Vorgabe erscheint den

meisten von ihnen gerechtfertigt im Falle einer Schwangerschaft, zusätzlicher zeitintensiver Weiterbildungs- bzw. Profilierungsaktivitäten sowie wissenschaftlicher Arbeit an zusätzlichen Projekten während der Studienzeit. Anderenfalls sind die Bedingungen differenziert zu prüfen.

Neue Ansprüche an die Studien- und Lebensbedingungen, die die Individualisierung begünstigen, sehen die meisten Studenten (2/3 bis 3/4) in folgenden Aspekten:

- (1) die Studieninhalte und -gestaltungsformen müssen aus der Sicht internationaler Erfahrungen auf internationalem Niveau überdacht und sehr differenziert angeboten werden, wodurch qualitativ unterschiedliche Niveaustufen und spätere berufliche Einsatzmöglichkeiten erreicht werden;
- (2) jeder Student muß zu den Vorlesungskatalogen und Studieninformationsmaterialien freien Zugriff sowie die Möglichkeit der sachkundigen fachlichen, juristischen und sozialen Beratung haben;
- (3) die Auszubildenden erhalten Mitsprache- und Wahlrecht bei der Bestimmung der Studiengegenstände sowie Planung und Realisierung ihrer Studienabläufe, einschließlich Zeit und Art von Leistungsnachweisen; innerhalb des Fachstudiums sollte jeder Student (leistungsstarke auch früher) nach einem individuellen Studienplan studieren;
- (4) die Anzahl der obligatorischen Ausbildungsstunden ist zugunsten des fachlichen Selbststudiums etwa um die Hälfte zu verringern;

(5) der zu Studienbeginn überwiegende Anteil obligatorischer Lehrveranstaltungen sollte sich während der gesamten Studienzeit zugunsten fakultativer verschieben;

(6) die vorlesungsfreie Zeit ist für wissenschaftliche Arbeit zu erweitern;

(7) ein Studienrichtungswechsel mußte während des Studiums mehrmals möglich sein;

(8) die materiell-technischen Kapazitäten sind zu vergrößern

(betrifft Computerausstattung, Literaturzugriff in Bibliotheken, Vielfältigungsmöglichkeiten etc.);

(9) es sind finanzielle Regelungen zu treffen, die den Studenten ein effektives, zur vollen Entfaltung der eigenen Leistungsfähigkeit beitragendes Studium innerhalb der Regelstudienzeit gewährleisten (entsprechende Festleg. zu Stipendien; Wohnraum mit geringen Mieten am Studienort und leistungsfördernde Zimmerbelegung im Internat – bevorzugt 2 Betten; finanzielle Mittel für Teilstudien an anderen Einrichtungen des In- und Auslandes etc.).

Ein neuer Ansatz für die individualitätsbezogene Ausbildung könnte nach einer Grundstudien- bzw. Orientierungsphase, insbesondere ab 3. Studienjahr, in der vielfältigen Gestaltung differenzierter integrierter Studien der Studenten bestehen.

Dazu mehr in der nächsten Universitätszeitung.

DR. SYBILLE WEIGEL